



**JOURNALIST MICHAEL MROSS IM GESPRÄCH MIT STEFAN SCHUBERT**

## **Ex-Polizist packt aus: „Es brodeln“**

Immer mehr Polizisten stehen der durchzusetzenden politischen Agenda kritisch gegenüber. Zuletzt hatten zwei Polizeibeamte – im aktiven Dienst – den Mut und die Courage, jeweils eine Rede auf den Querdenken-Festen für Frieden, Freiheit, Wahrheit und das GG in Stuttgart und Dortmund zu halten. Die Antwort des Merkel-Staates im Jahre 2020: Einer wurde umgehend vom Dienst suspendiert und der andere Beamte wurde strafversetzt – auf einen Posten ohne Außenwirkung (Bürgerkontakt). Auch darüber hat Journalist Michael Mross im Gespräch mit Ex-Polizist und Bestsellerautor Stefan Schubert gesprochen, der aktuell seine neues Buch mit Sprengkraft „Vorsicht Diktatur“ vorstellt.



# Berliner Polizist in Stresssituation: „Nimm die Hände hoch, du Wichser!“

Von EUGEN PRINZ | Es sind spektakuläre Action-Aufnahmen, die ein Passant gestern Mittag in Berlin-Neukölln mit seinem Handy aufgenommen hat:

Gegen 11 Uhr will eine Polizeistreife auf der Hermannbrücke einen 3er BMW kontrollieren. Der Fahrer hält jedoch nicht an, sondern durchbricht die Kontrolle und gibt Gas. Die Beamten

verfolgen ihn mit ihrem Dienstfahrzeug. Nach nur wenigen hundert Metern, gerät das Fluchtfahrzeug in der Silbersteinstraße in einen Stau. Der Fahrer wendet und verursacht dabei schon den ersten Blechschaden an einem geparkten Bus. Rücksichtslos steuert der Mann dann seinen BMW direkt auf einen der Polizisten zu. Dieser hat bereits seine Dienstpistole gezogen und gibt, während er nach hinten ausweicht, um nicht überfahren zu werden, mehrere Schüsse auf das sich entfernende Fluchtfahrzeug ab.

Schon nach ungefähr 30 Metern kracht der BMW in ein Fahrzeug an einem Stauende und schiebt dieses auf ein Taxi, das wiederum auf einen Bus geschoben wird. Jetzt sind die Polizeibeamten an der Fahrertüre des Fluchtfahrzeugs.

Mit vorgehaltener Pistole schreit einer der beiden:

*„Nimm die Hände hoch, Du Wichser!“*

Der Fluchtfahrer ahnt wahrscheinlich, dass der Polizist nicht schießen wird. Der Mann öffnet die Beifahrertüre und rennt davon, verfolgt von einem Passanten und den beiden Polizeibeamten.

In einer Seitenstraße, außerhalb des Kamerabereichs des Handys, wird er gestellt und niedergedrungen. Hier ein Bild von der Festnahme.

Zur Kritik an der Wortwahl des Beamten gegenüber dem Flüchtenden, erklärte die Polizei:

*„Solche Momente sind für unsere Kollegen Ausnahmesituationen.“*

Wie inzwischen bekannt wurde, soll der BMW-Fahrer 35.000 Euro in 100- und 200-Euro-Noten bei sich gehabt haben. Woher das Bargeld kommt, ist noch nicht bekannt. Auch seine Identität wurde den Medien noch nicht bekannt gegeben.

Die Polizeikugeln trafen den Motorblock des Fahrzeugs, der Fluchtfahrer wurde von ihnen nicht getroffen, allerdings zog er sich bei den Karambolagen leichte Verletzungen zu, die ambulant in einem Krankenhaus behandelt wurden.

---



Eugen Prinz  
auf dem Freie  
Medien-  
Kongress in  
Berlin.

*Eugen Prinz kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog [zuwanderung.net](http://zuwanderung.net). Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.*

»Telegram Kanal: *Eugen Prinz DIREKT* ([t.me/epdirekt](https://t.me/epdirekt))

» *Twitter Account des Autors*

» *Spende an den Autor*





# Rassismus bei der Freiburger Verkehrs AG?

Von EUGEN PRINZ | Nach dem gewaltsamen Tod des schwarzen US-Amerikaners George Floyd anlässlich seiner Festnahme sind die linksgrünen Gutmenschen der westlichen Industriestaaten in eine kollektive Rassismus-Hysterie verfallen, die jeden Rest von Vernunft im Keim zu ersticken droht.

Angesichts der gegenwärtigen Umstände sind jene, die im Rahmen der Erforschung und Verfolgung von Straftaten konflikträchtige Interaktionen mit Menschen schwarzer Hautfarbe nicht vermeiden können, wahrlich nicht zu beneiden.

## **Schwarzfahren – Asylbewerber überrepräsentiert**

Das „Schwarzfahren“ wie die Erschleichung von Leistungen (§265a Strafgesetzbuch) im Volksmund genannt wird, ist ein Delikt, bei dem Asylbewerber überrepräsentiert sind. Von insgesamt 30 800 Fällen, die in Baden-Württemberg im Jahr 2017 bei der Polizei angezeigt wurden, entfielen auf Asylbewerber 6800, also 22%. Unter den Tatverdächtigen sind natürlich auch Schwarze, was die Arbeit der Fahrkartenkontrolleure angesichts der gegenwärtigen „Rassismus-Hysterie“ zu einem wahren Minenfeld macht.

Das bekamen vor etwa einer Woche auch Mitarbeiter der Freiburger Verkehrs AG (VAG) zu spüren. Auf Twitter tauchte ein Video auf, das einen Fahrkarten-Kontrolleur zeigt, der

einen jungen Mann mit schwarzer Hautfarbe am Aussteigen aus der Straßenbahn hindert, indem er ihn zurück schubst, so dass dieser mit den Rücken an eine Haltestange stößt.

### **Rassismus-Empörung**

Die Empörung in den sozialen Netzwerken war groß. Dann meldete sich auch noch eine Lokalpolitikerin aus dem Kreis der „üblichen Verdächtigen“ lautstark zu Wort.

Die Freiburger Stadträtin Monika Stein von der Grüne Alternative Freiburg sprach von einem „krassen Video“. Ihrer Meinung nach darf es nicht sein, dass Kontrolleure gegen Fahrgäste tätlich werden, egal was vorgefallen ist. Menschen fest zu setzen sei alleinige Aufgabe der Polizei.

Hier irrt jedoch die Küchenjuristin. Sie hätte vielleicht einmal einen Blick in den Paragraphen 127 Absatz 1 der Strafprozessordnung werfen sollen. Dort ist das Jedermann-Festnahmerecht geregelt.

Aber solche juristischen Spitzfindigkeiten sind den Grünen egal, ihnen geht es um Ideologie, da haben Wahrheit, Klarheit und Realität keinen Platz. Deshalb legt die dauer-empörte Frau Stein auch gleich noch einen drauf: Unabhängig vom Ausgang der Untersuchung ist sie der Meinung, dass es in Freiburg ein Rassismus-Problem gibt. Menschen mit anderer Hautfarbe würden ihr immer wieder von Übergriffen und von „Situationen, die rassistisch geprägt sind“, berichten.

### **Selektive Wahrnehmung**

Bevor wir die Angelegenheit weiter vertiefen, hier erstmal ein Blick auf das Video:

– *Christian Kröper (@chriskroeper) June 11, 2020*

Wir haben hier wieder einmal ein typisches Beispiel, bei dem

die Kamera nur den inkriminierenden Teil einer Handlung zeigt und das, was zu ihr geführt hat, auf dem Video nicht zu sehen ist.

Doch dafür gibt es die Überwachungskamera der Straßenbahn. Diese zeigt den gesamten Verlauf der Auseinandersetzung. Zusammen mit den Zeugenaussagen der insgesamt vier Kontrolleure ergibt sich ein ganz anderes Bild.

### **Was sich tatsächlich zugetragen hat**

Der Schwarze hatte sich geweigert, einen Fahrschein vorzuzeigen. Statt dessen stieß er verschiedene Beleidigungen aus. Zudem ging er bei der Kontrolle mit dem Prüfer auf Tuchfühlung, spuckte ihn an und behauptete, er hätte das Coronavirus.

Um sich aus der unangenehmen Nähe zu befreien und weil er sich bedroht fühlte, stieß der Kontrolleur den Schwarzen zurück. Just in diesem Moment wurde dann mit dem Handy gefilmt und dieser kleine Ausschnitt der Auseinandersetzung in den sozialen Medien als weiterer Beweis für den allgegenwärtigen Rassismus verbreitet.

Der VAG-Fahrscheinprüfer hat bei der körperlichen Auseinandersetzung Verletzungen am Oberarm erlitten und den Schwarzen angezeigt. Um seinen Job ist der Mitarbeiter der Freiburger Verkehrs AG wirklich nicht zu beneiden. Ebenso wenig wie all die anderen anständigen Menschen, die mit dieser Klientel zu tun haben. Wenigstens hat der Kontrolleur die Rückendeckung seines Arbeitgebers. Das Unternehmen habe keinen Grund, an den Aussagen der Kontrolleure zu zweifeln, so VAG-Sprecher Andreas Hildebrandt. Schließlich seien die Verletzung des Mitarbeiters und die Anzeige bei der Polizei gesicherte Fakten.

Als der Schwarzfahrer der Polizei übergeben wurde, verhielt er sich gegenüber den Ordnungshütern ebenfalls uneinsichtig und aufbrausend. Vielleicht sollte sich der aufsässige

(mutmaßliche) Leistungserschleicher mal fragen, ob sein Verhalten nicht vielleicht dazu führt, dass sich Rassisten in ihrer Weltanschauung bestärkt sehen.

---



Eugen Prinz  
auf dem Freie  
Medien-  
Kongress in  
Berlin.

*Eugen Prinz kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.*

»Telegram Kanal: Eugen Prinz DIREKT ([t.me/epdirekt](https://t.me/epdirekt))

» Twitter Account des Autors

» Spende an den Autor



[t.me/PINEWS1](https://t.me/PINEWS1)

---





# Duisburg-Marxloh: Clans drohen „den Ungläubigen“ mit 2000 Kalaschnikows

Von EUGEN PRINZ | Ein politischer Weggefährte des Autors, ein erfahrener Jurist, stellte schon vor mehreren Jahren die These auf, dass sich Bürgerkriegsszenarien in Deutschland am ehesten in Form einer gewaltsamen Abspaltung türkisch-arabisch dominierter Stadtteile vom Hoheitsgebiet der Bundesrepublik ergeben würden.

Die gegenwärtige Entwicklung scheint ihm Recht zu geben.

## Keine Festnahme ohne Großeinsatz

Am 17. Mai 2020, kurz nach 18 Uhr, sieht eine Polizeistreife in der Kaiser-Friedrich-Straße im Duisburger Stadtteil Marxloh, den polizeibekanntem Deutsch-Libanesen S.

Bei dem 18-jährigen handelt es sich um einen Intensivtäter und Angehörigen einer libanesischen Großfamilie. Seit 2014 wurden bereits 75 Ermittlungsverfahren gegen ihn geführt, vor allem wegen Eigentums- und Gewaltkriminalität. Die diesbezüglichen Unterlagen der Polizei sind als VS (Verschlussache – nur für den Dienstgebrauch) eingestuft, liegen aber dem *General-Anzeiger* vor.

Die Beamten wissen, dass gegen S. ein Haftbefehl vorliegt. Der „Deutsch-Libanese“ weiß das auch und flüchtet beim Anblick der

Streifenbesatzung zusammen mit zwei Begleitern aus seinem Milieu in ein Wohnhaus, das von libanesisch-stämmigen Großfamilien bewohnt wird. Ein gefährliches Pflaster für die Polizisten, dennoch nehmen sie die Verfolgung auf, nachdem sie Verstärkung angefordert haben.

Es gelingt den Beamten, den flüchtigen S. einzuholen, bevor er in einer der Wohnungen verschwinden kann. Mit Pfefferspray und Anwendung von unmittelbarem Zwang wird er überwältigt. Währenddessen versperrt ein weiterer Beamter die Haustüre, damit S. keine Unterstützer zu Hilfe kommen können.

Vor dem Haus haben sich bereits etwa 25 Personen versammelt, die lautstark gegen den Polizeieinsatz protestieren. Die Ansammlung wird von den eingetroffenen Unterstützungskräften der Polizei zerstreut. Dabei werden einige Beamten verletzt.

Der festgenommene „Deutsch-Libanese“ ist hochaggressiv und teilt den Polizisten mit, er werde sie alle umbringen. Jeder wisse, wie groß seine Familie sei und mit wem sich die Polizei gerade angelegt habe.

### **Zwei Tage später: Eine folgenschwere Verhaftung**

Am 19. Mai kommt es erneut zu einer Verhaftung. Eine der Videokameras, mit denen die einschlägigen Orte im Duisburger Norden überwacht werden, hat den 18-jährigen „Deutsch-Marokkaner“ H. gefilmt, einen Unterstützer der libanesisch-stämmigen Großfamilie. Gegen den Intensivtäter wurden seit 2015 bereits 42 Ermittlungsverfahren geführt. Als H. von der Videokamera gefilmt wird, liegt gegen ihn ein Strafbefehl wegen Nötigung vor, er muss für 220 Tage ins Gefängnis. Die Polizei rückt aus.

Auch H. flüchtet in ein Wohnhaus, als er die Beamten sieht. Diese sehen sich innerhalb kürzester Zeit mit etwa 50 Sympathisanten der Großfamilie konfrontiert, die den Polizisten weismachen wollen, dass sich der Gesuchte nicht in dem Haus befindet. Dennoch kann der 18-Jährige im Hausflur festgenommen werden. Dann beginnt eine Mischung zwischen Albtraum und Spießrutenlauf für die Beamten. Von den oberen Stockwerken und von draußen kommen immer mehr Unterstützer, die H. befreien wollen. Die Beamten bahnen sich mit Pfefferspray den Weg nach unten. Dort warten schon ca. 200 Menschen auf sie. Dennoch gelingt es der Polizei, einen Korridor zum Einsatzwagen zu bilden und dann mit dem Festgenommenen zur Wache zu fahren.



### **Araber-Clans drohen mit Sturmgewehren**

Wie aus den Ermittlungsakten, die dem *General-Anzeiger* zugespielt wurden, hervorgeht, ließ die Reaktion auf die Festnahme nicht lange auf sich warten. Das Polizeipräsidium Duisburg erhielt am 22. Mai 2020 eine E-Mail mit folgendem Inhalt:

*„Betreff Allahu Akbar, Duisburg-Marxloh ist unser Stadtteil. (...) Wir verbieten allen Ungläubigen, unseren Stadtteil zu betreten. Alle Polizisten, Journalisten und auch andere Ungläubige werden wir mit Waffengewalt vertreiben oder töten. Bei uns gilt nur die radikale Scharia. Wir haben uns 2000 Stück AK-47 Sturmgewehre mit genügend Munition aus der Türkei und Russland beschafft. Allahu Akbar, tötet alle Ungläubigen.“*

Die Email wurde über eine Plattform geschickt, die Mail-

Adressen und Identitäten verschleiert. Die Drohung wird sowohl von der Duisburger Polizei als auch von der zuständigen Staatsanwaltschaft sehr ernst genommen.

Das Sturmgewehr AK-47 ist die Waffe der Wahl aller marodierenden Horden in den Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten auf diesem Planeten. Die Beschaffung selbst größerer Mengen dieser „Assault-Rifles“ dürfte für die Araber-Clans kein großes Problem darstellen.

### **Bereitschaftspolizisten zur Unterstützung**

Bis auf weiteres setzt nun die Duisburger Polizei in Marxloh Kräfte der Bereitschaftspolizei zur Unterstützung der Beamten im Streifendienst ein. Die Bereitschaftspolizisten tragen Einsatzanzüge, um ein martialisches Bild zu erzeugen. Zudem soll der Kontrolldruck durch weitere Kräfte erhöht werden, Razzien sind geplant.

Der *General-Anzeiger* zitiert die Lagebeurteilung der Polizei wie folgt:

*Die Polizeimaßnahmen würden zeigen, dass es in Marxloh keine rechtsfreien Räume gebe. Demnach wird konsequent eingeschritten, wenn es nötig ist. Haftbefehle würden vollstreckt werden – auch wenn Tumultlagen zu erwarten seien.*

### **Kommentar:**

*Angesichts der gegenwärtigen Einwanderungs- und Sicherheitspolitik kann man mit den in solchen Gegenden eingesetzten Polizisten nur tiefes Mitleid empfinden. Noch dazu, nachdem zur Zeit Politik und Medien munter draufhauen, auf die Ordnungshüter, mit Rassismus-Vorwürfen und „Polizei-Hass-Gesetzen“ wie in Berlin.*

*Die zukünftige Entwicklung Deutschlands wird geprägt sein, von einem wirtschaftlichen Niedergang und daraus resultierenden sozialen Spannungen. Dazu kommt ein weiteres Anwachsen der*

*Bevölkerung in den Problembezirken durch die Geburtenrate und die Flüchtlingspolitik. Daher ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis der Staat in den „No-go-Areas“ sein Gewaltmonopol endgültig einbüßt und die Sezession dieser Stadtteile zu eigenständig regierten Clangebieten auf dem Territorium der Bundesrepublik Wirklichkeit wird.*

---



Eugen Prinz  
auf dem Freie  
Medien-  
Kongress in  
Berlin.

*Eugen Prinz kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.*

» Telegram Kanal: Eugen Prinz DIREKT ([t.me/epdirekt](https://t.me/epdirekt))

» Twitter Account des Autors

» [Spende an den Autor](#)

Abonnieren Sie unseren Telegram-Kanal

**PI**NEWS  
[t.me/PINEWS1](https://t.me/PINEWS1)





# Neubrandenburg: Fahndung nach brutalem Raubüberfall

Von EUGEN PRINZ | Der 5. April 2020 wird einer jungen Mutter aus Neubrandenburg noch lange in Erinnerung bleiben. Zusammen mit ihrem Kleinkind machte sie am Ihlenpool, einer malerischen Parkanlage mit Weiher in der Neubrandenburger Oststadt, einen Sonntagnachmittags Spaziergang.

Gegen 14.00 Uhr wurde die 32-Jährige von einer unbekanntem männlichen Person von hinten gepackt und auf eine Parkbank gezogen. Dort forderte der Angreifer in gebrochenem Deutsch die Herausgabe von Bargeld. Er drohte damit, das Kleinkind in den Teich zu werfen, wenn die Mutter seiner Aufforderung nicht nachkommen würde. Das Dumme daran: Die Frau hatte kein Geld bei sich.

## **Kein Geld – da wurde der Unbekannte gewaluttätig**

Aus Wut darüber schlug der Täter der jungen Mutter mit einem bislang unbekanntem Gegenstand auf den Kopf. Anschließend wollte er noch eine brennende Zigarette auf ihrer Wange ausdrücken. Nur dem Umstand, dass die Geschädigte den Kopf rechtzeitig zur Seite drehen konnte, ist es zu verdanken, dass es bei einer oberflächlichen Brandwunde blieb.

Inzwischen wurde glücklicherweise ein Radfahrer auf den Überfall aufmerksam. Er schrie den Angreifer an, die Frau in

Ruhe zu lassen, worauf dieser die Flucht in Richtung Norma in der Ziolkowskistraße ergriff.

Die Geschädigte musste aufgrund ihrer Verletzungen ambulant im Klinikum Neubrandenburg behandelt werden. Das Kind kam mit dem Schrecken davon.

Da sich bisher immer noch keine erfolgreichen Ermittlungsansätze ergeben haben, ist die Neubrandenburger Polizei jetzt mit einem Phantombild des Täters (siehe Beitragsbild) an die Öffentlichkeit gegangen.

### **Täterbeschreibung:**

Etwa 25 Jahre alt, 1,75 bis 1,85 Meter groß, schlank, sieht sportlich und sehr gepflegt aus. Sprach gebrochen Deutsch und trug eine graue Jogginghose sowie eine schwarze Strickjacke mit Kapuze.

Die Polizei bittet bei der Aufklärung der Tat um Mithilfe aus der Bevölkerung und fragt: Wer kennt die abgebildete Person? Wer kann Angaben zu den Personalien oder einem möglichen Aufenthaltsort der abgebildeten Person machen? Die Ermittler bitten alle Personen, die sachdienliche Hinweise geben können, sich bei der Polizei in Neubrandenburg unter 0395-55 82 5224 oder im Internet unter [www.polizei.mvnet.de](http://www.polizei.mvnet.de) zu melden.

### **Kommentar:**

*Der Autor erhält täglich etwa ein Dutzend Emails mit Berichten regionaler und überregionaler Mainstream-Medien über schwere Straftaten, deren Tatverdächtige entweder gesichert oder mit hoher Wahrscheinlichkeit einen Zuwanderungshintergrund haben. Hätte jede einzelne dieser Meldungen noch vor vier Jahren einen Aufschrei der Entrüstung unter der Leserschaft hervorgerufen, werden sie mittlerweile nur noch mit einem Achselzucken zur Kenntnis genommen. Das wirft natürlich bei den Autoren die Frage auf, ob es sich überhaupt noch lohnt, darüber zu berichten. In diesem Fall hat sich der Verfasser*

*dafür entschieden, zumal diese Öffentlichkeitsfahndung Unterstützung verdient.*

*Knapp abgeschlagen auf Platz 2 im Entscheidungsfindungsprozeß des Autors, landete übrigens ein Iraker aus Dortmund, der seine Frau umgebracht haben soll, weil sie sich von ihm trennen wollte. Nachdem er die selbe „Scheidungsnummer“ vor einigen Jahren auch schon in den Niederlanden bei seiner ersten Frau durchgezogen hat und dafür eine Haftstrafe (die offenbar nicht lange genug war) verbüßte, hätte es der zweifache Witwer fast auf Platz 1 geschafft. Aber nur fast. Obwohl die Schlagzeile „Scheidung auf Irakisch“ durchaus ihren Reiz gehabt hätte.*

*Sie sehen, liebe Leser, diese Zeiten machen zynisch.*

---



Eugen Prinz  
auf dem Freie  
Medien-  
Kongress in  
Berlin.

*Eugen Prinz kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.*

»Telegram Kanal: Eugen Prinz DIREKT ([t.me/epdirekt](https://t.me/epdirekt))

» Twitter Account des Autors

» Spende an den Autor





# Einzelfälle in der Corona-Krise

Von EUGEN PRINZ | Die Corona-Krise dominiert derzeit die Berichterstattung, weshalb man von den genannten „Einzelfällen“ kaum noch etwas hört oder liest. Aber leider gibt es sie noch und zwar viel zu viele davon.

Den alternativen Medien wird vom Mainstream vorgeworfen, sie würden eine verzerrte Darstellung der Realität erzeugen, weil sie nur über Straftaten berichten, wenn diese von Asylbewerbern oder anderen Personen mit Migrationshintergrund begangen wurden. Hier ist allerdings festzustellen, dass bei Straftaten mit einem hohen Nachrichtenwert besonders häufig Personen mit Migrationshintergrund als Tatverdächtige ermittelt werden. Zudem sind nach Meinung des Autors solche Vorfälle schon deshalb berichtenswert, weil hier zur strafrechtlichen Relevanz der Tat noch die moralische Verwerflichkeit hinzukommt, Bürger jenes Landes, das Schutz und Obdach gewährt hat, zu Opfern von Straftaten zu machen und somit die Gastfreundschaft auf die schändlichste Art und Weise zu missbrauchen.

Deshalb sollen auch in dieser Zeit, in der die Coronakrise wie ein dunkler Schatten über uns liegt, die „Einzelfälle“ nicht in Vergessenheit geraten, die weiterhin Tag für Tag zum

Unglück der Bürger Deutschlands beitragen.

## **Gießen**

Am frühen Morgen des 21. April wurden nach einem Zeugenhinweis zwei algerische Asylbewerber im Alter von 22 und 29 Jahren von einer Polizeistreife festgenommen, nachdem sie im Buderusweg in Lollar (Kreis Gießen) einen Ford Transit aufgebrochen hatten. Da zu diesem Zeitpunkt sonst nichts vorgelegen hatte, wurde das Duo nach Durchführung der polizeilichen Maßnahmen wieder entlassen. Einige Stunden später kontrollierte eine Streife der Bundespolizei die beiden Algerier am Gießener Bahnhof ein weiteres Mal. Dabei fanden die Beamten in einem mitgeführten Rucksack mehrere Gegenstände, bei denen es sich offenbar um Diebesbeute aus insgesamt elf Autoaufbrüchen, einem Einbruch in ein Café und einen weiteren in eine Poststelle handelte. Gegen die beiden Schutzsuchenden erging Haftbefehl.

## **Chemnitz**

Ebenfalls am Dienstag, dem 21. April, jedoch in einer anderen Ecke der Republik, in Chemnitz, war eine 61-jährige Frau auf der Hartmannstraße mit ihrem Fahrrad unterwegs. Als sie an der Ampel zur Bergstraße ihre Geschwindigkeit verringerte, trat ein 19-jähriger aus Gambia auf die Fahrbahn und stieß die Frau grundlos vom Rad. Diese stürzte und wäre beinahe von einem nachfolgenden PKW überfahren worden. Glücklicherweise konnte der Fahrer gerade noch rechtzeitig bremsen. Im Zuge einer Fahndung konnte der Schwarzafrikaner festgenommen werden. Und jetzt kommt die große Überraschung: Aufgrund seines Zustandes wurde der 19-Jährige in eine Fachklinik gebracht, berichtet das lokale Blatt TAG24.

## **Gummersbach**

Machen wir einen Schwenk nach Gummersbach. Dort ging eine 30-Jährige am Dienstag, dem 21. April, gegen 19.25 Uhr, mit ihrem Hund auf dem Gehweg der Vollmerhauser Straße in Richtung

Dieringhausen spazieren. Auf Höhe der Kreuzung mit der Strombachstraße wurde sie plötzlich von vier „Männer südländischen Typs“ im Alter von 25 bis 35 Jahren umringt und unsittlich angefasst. In dieser Stunde bewies sich wieder einmal, dass der Hund der beste Freund des Menschen ist: Er knurrte, biss in das südländische Fleisch und sorgte durch seinen heldenhaften Einsatz dafür, dass die Angreifer vom Frauchen abließen. Die 30-Jährige konnte weglaufen. Nach den Tätern – einer soll einen auffälligen Bart getragen haben – wird noch gefahndet.

---



Eugen Prinz  
auf dem Freie  
Medien-  
Kongress in  
Berlin.

*Eugen Prinz kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.*

» *Spende an den Autor*

» *Twitter Account des Autors.*

---



# München: Islamkritiker von Moslem geschlagen, angespuckt und beleidigt

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Am Sonntag Nachmittag saß ich bei strahlendem Sonnenschein auf einer Parkbank in München und spielte mit einer Freundin Karten, als mich kurz nach 17 Uhr ein Mann mit Migrationshintergrund und einem Vollbart fragte „Sind Sie der Herr Stürzenberger?“. Da ich mich niemals verstecke und auch ein sehr wahrheitsliebender Mensch bin, antwortet ich mit „Ja“. Anschließend brach ein Tornado von Beleidigungen und körperlichen Attacken über mich herein, was ich selbst bei über 400 Kundgebungen in dieser Form noch nicht erlebt habe.

Der Moslem rief zu seiner blonden offensichtlich deutschen Frau/Freundin, die am Brunnen des Platzes in zehn Metern Entfernung mit einem etwa zweijährigen Kind stand, das wohl auch von ihm sein dürfte: „Stell Dir vor, wer hier ist“. Dann begann er auf dem gut belebten Platz, auf dem sich bestimmt dreißig Menschen befanden, das Schreien: „Du Hurensohn. Du Bastard. Du Wichser. Was machst Du jetzt ohne Polizeischutz, hm? Da hast Du keine große Klappe. Hau ab hier, Scheiß Islamhetzer, das ist unser Viertel“.

Ich antwortete „Ist das Ihr Ernst?“. Ich zog mein Handy aus der Tasche, um das Geschehen zu dokumentieren. Meine Freundin sagte „Beruhigen Sie sich doch“. Aber der völlig aufgebrachte

Moslem ging auf mich zu und schlug mir das Handy aus der Hand. Anschließend spuckte er mich an und schlug mir mit der flachen Hand ins Gesicht, so dass meine Brille einige Meter wegflog. Ich sprang auf und schob ihn von mir weg. Ein Mann, der auf der gegenüberliegenden Parkbank gesessen hatte, ging dazwischen.

Ich suchte mein Handy, das auf den Pflastersteinen unter der Parkbank lag. Das Display hatte Risse im oberen Bereich, wie ich später feststellte. Ich wählte die Notrufnummer 110. Die Beamtin am anderen Ende der Leitung sagte mir, dass das Geschehen bereits von jemand anders gemeldet worden sei und eine Streife unterwegs wäre. Meine Freundin und ich suchten anschließend meine Brille, die zunächst nicht aufzufinden war.

Kurz darauf tauchten am gegenüberliegenden Ende des Platzes zwei Polizeifahrzeuge auf, aus denen fünf Beamte ausstiegen. Ich war noch im Gebüsch hinter der Parkbank am Suchen meiner Brille, als der Moslem zu zwei Polizisten ging und ihnen irgendetwas erzählte. Ich unterbrach mein Suchen und ging zügigen Schrittes auf die Beamten zu, da ich mir dachte, dass sie möglicherweise eine komplett andere Version des Geschehens zu hören bekamen. Ich rief „Ich stelle Strafantrag wegen Körperverletzung und Beleidigung. Nehmen Sie bitte die Personalien dieses Mannes auf“ und zeigte auf den bärtigen Moslem.



Aber es war noch nicht vorbei mit der von mir als Drangsalierung empfundenen Behandlung. Eine Polizistin kam mit einem Alkoholmessgerät und nahm allen Ernstes einen Test bei mir ab, der selbstverständlich nullkommanull ergab.

Unterdessen kam meine Freundin, die meine Brille gefunden hatte, die tief ins Gebüsch geflogen war. Die Polizistin wollte nochmals wissen, ob ich einen Strafantrag stellen möchte, was ich natürlich bejahte. Ich gab ihr das Geschehene mit der Fülle an wüsten Beschimpfungen zu Protokoll und sie fragte mich tatsächlich, ob ich mich beleidigt fühle. Die Zeugenaussage meiner Freundin wollte sie nicht aufnehmen. Als ich nachfragte, warum denn nicht, schließlich sei das Geschehen jetzt noch frisch in Erinnerung, meinte sie, das sei jetzt nicht notwendig, sie solle ein Gedächtnisprotokoll anfertigen.

Schließlich machte ein Polizist noch Fotos von mir, um zu dokumentieren, dass „noch alles dran“ sei, wie er süffisant bemerkte. Dann rückten die Beamten ab, ohne den Moslem mit auf die Wache zu nehmen oder ihm zumindest einen Platzverweis zu

geben. Sie ließen mich mit dem wohl türkischstämmigen Schläger, Spucker und Beleidiger auf dem Platz zurück. Während ich mich mit einem Zeugen unterhielt, der den kompletten Ablauf aus nächster Nähe gesehen hatte und auch aussagen will, stellte sich der Moslem in zehn Metern Entfernung wieder bedrohlich auf und machte eine Geste, dass ich mitkommen solle. Dies ließ vermuten, dass er die Auseinandersetzung an einer anderen Stelle körperlich fortsetzen wollte. Als ich auf der Bank sitzenblieb, spuckte er drei Mal in meine Richtung aus, um seine Verachtung auszudrücken.



Ein mutmaßlich Türkischstämmiger, der einen Deutschen schlägt, anspuckt und heftig beleidigt, passt da nicht so ins erwünschte Gesamtbild. München ist seit 36 Jahren SPD-regiert, mehr muss man über die sich daraus entwickelten Strukturen nicht sagen.

Seit diesem Sonntag Nachmittag hat für mich eine neue Zeitrechnung begonnen.

**Update 29.4.2020::** Mittlerweile ist der Vorfall im Polizeibericht vom 29. April sehr verfälschend aufgeführt: Erstens gab es keine „lautstarke verbale Auseinandersetzung“ zwischen mir und dem Moslem, sondern es war eine einseitige Beleidigungsorgie seinerseits. Zum zweiten habe ich mich gegenüber den eingesetzten Polizeibeamten nicht „aggressiv präsentiert“, sondern lediglich aus einigen Metern Entfernung mit lauter Stimme das Stellen eines Strafantrages angekündigt.

## 602. Polizeieinsatz nach Streit – Haidhausen

Am Sonntag, 26.04.2020, gegen 17.05 Uhr, gerieten ein 44-Jähriger und ein 55-Jähriger (beide mit Wohnsitzen in München) am Weißenburger Platz in eine lautstarke verbale Auseinandersetzung. Bei dem 55-jährigen handelt es sich um einen im regionalen Kontext bekannten Aktivist, der sich privat dort aufhielt.

Die verständigte Polizei konnte die beiden Beteiligten an der Tatörtlichkeit antreffen und erhob die jeweiligen Personalien. Aufgrund der Tatsache, dass sich der 55-Jährige gegenüber den eingesetzten Polizeibeamten bei der Anzeigenaufnahme hoch emotional und augenscheinlich aggressiv präsentierte, mussten ihm zeitweise Handfesseln angelegt werden.

Nachdem sich der 55-jährige zusehends beruhigte, wurden ihm die Handfesseln wieder abgenommen.

Nach den ersten vorläufigen Erkenntnissen der Polizei kam es im Verlauf der verbalen Auseinandersetzung zu einer Beleidigung (verbal und anspucken) und einer Körperverletzung (Schlag ins Gesicht) zum Nachteil des 55-Jährigen.

Das Kriminalfachdezernat 4 (Staatsschutz) hat die weiteren kriminalpolizeilichen Ermittlungen aufgenommen. Bei einem der Beteiligten liegen Erkenntnisse bzgl. einer staatsschutzrelevanten Islamfeindlichkeit vor. Dies ist auch Gegenstand der Ermittlungen.

Der Publizist Michael Klonovsky hat in seiner „Acta diurna“ in den Meldungen vom 29. April auch auf den Vorfall verwiesen und süffisant bemerkt, dass dem Begriff „Scharia-Polizei“ in München eine völlig neue Bedeutung zukäme..



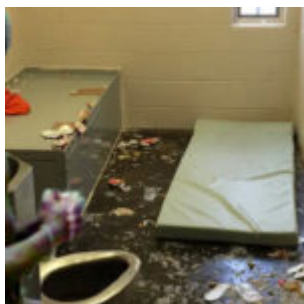
Michael  
Stürzenberger

*PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger* arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Kritik am Politischen Islam muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung



hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: HU70117753795954288500000000, BIC: OTPVHUHB. Oder bei Patreon.

---



# Ein Tag im Leben eines Vorzeige-Aslyanten aus Neuruppin

Von EUGEN PRINZ | Es war ein alter Bekannter, den die Polizeistreife antraf, als sie zur Filiale eines Discounters in Neuruppin gerufen wurde. Hausverbot? Für solche juristischen Spitzfindigkeiten hatte der 25-jährige Somalier, der bei seiner Flucht aus Afrika nur sein nacktes Leben und mutmaßlich das Handy retten konnte, nichts übrig.

## „Einkaufsbummel“ trotz Hausverbot

Als wäre nie etwas gewesen, spazierte der Schwarze am 14. April in die Kaufland-Filiale im Reiz Ruppiner Einkaufszentrum, obwohl er dort aufgrund der irrigen Annahme, die ausgestellten Waren seien zur kostenlose Mitnahme bestimmt, bereits vor einiger Zeit Hausverbot erhalten hatte.

Offenbar war dieses Missverständnis immer noch nicht ganz ausgeräumt, da der Somalier erneut Alkohol und Parfum im Wert von 30 Euro aus dem Laden tragen wollte, ohne den lästigen

Umweg über die Kasse zu nehmen. Und weil das Shopping durstig macht, ebenso wie das „shoplifting“ (in Deutschland sagt man Ladendiebstahl dazu), leerte der Jüngling vom schwarzen Kontinent vor den Augen der Anwesenden noch drei kleine Flaschen Likör. Die gingen natürlich auch aufs Haus.

Eine solche Großzügigkeit ruft natürlich auch Neider auf den Plan. Die hatten die Dreistigkeit, den Gast der deutschen Steuerzahler im Kassensbereich aufzuhalten. Wer will es dem 25-jährigen Flüchtling, der gerade noch den Klauen seiner somalischen Häscher entkommen ist, verdenken, dass er da ein wenig ungehalten reagierte. Das humorlose Personal interpretierte das als aggressives Verhalten und verständigte die Polizei.

Wie das bei so manchen Flüchtlingen der Fall ist, löste auch bei unserem Jüngling der Anblick der Uniform den unwiderstehlichen Drang aus, die Träger derselben durch Anspucken seiner besonderen Hochachtung zu versichern.

### **Handfesseln und Mundschutz**

Ein wahrhaft schlechter Tag für die schwarze Hoffnung Deutschlands, denn neben dem humorlosen Ladenpersonal erwischte er auch noch eine humorlose Polizeistreife. Diese wusste seine erlesene Körperflüssigkeit nicht zu schätzen. Ehe es sich der Geflüchtete versah, fand er sich in Handfesseln und mit einem sein edles Antlitz verdeckenden Mundschutz wieder.

Die Kunde vom Corona-Virus hatte der Somalier offenbar noch nicht vernommen, weshalb er den Mundschutz, kaum als man ihm diesen angelegt hatte, aus Neugier über dessen Beschaffenheit in seine Bestandteile zerlegte.

An diesem Punkt der Interaktionen angekommen, wollten sich die Polizeibeamten nicht nur von ihrer schlechtesten Seite zeigen. Deshalb boten sie dem Geflüchteten ihre Gastfreundschaft an und ließen ihn in den Räumlichkeiten der Polizeidienststelle

in einem zugegebenermaßen etwas karg eingerichteten Zimmer über Nacht residieren.

Der 25-Jährige, der in seiner somalischen Heimat Somalia wesentlich mehr Komfort gewohnt war, wurde nun ernsthaft ungehalten. Im Polizeibericht findet sich dazu das hässliche Wort „renitent“. Allerdings war das Gästezimmer offenbar doch so geräumig, dass es dem armen Verfolgten nicht möglich war, die Toilette zu finden, als er eine menschliche Regung verspürte.



Daher hatte das „Hotelpersonal“ am nächsten Morgen die etwas undankbare Aufgabe, den Urin des Gastes der deutschen Steuerzahler vom Boden aufzuwischen und seinen Kot von Stellen, an denen man ihn nicht vermuten würde, zu entfernen. Zudem galt es noch, hier und da einige Speichelklumpen des edlen Geschöpfes aus der Wiege der Menschheit aufzusammeln.

Als der Alkoholspiegel im Blut des Vorzeige-Asylbewerbers so weit gesunken war, dass er sich wieder in der Lage sah, einen entsprechenden Atemtest durchzuführen, kreisten immer noch 2,65 Promille des glücklich machenden Destillats in seinem System. Das qualifiziert den jungen Mann aus Somalia zur Fachkraft für Alkoholmissbrauch und garantiert dem deutschen Steuerzahler, ebenso wie der deutschen Justiz, noch viel Freude mit dieser außergewöhnlichen Bereicherung unseres Kulturkreises.

Wie versicherte uns doch Martin Schulz, der Kurzzeit-SPD Vorsitzende:

*„Was die Flüchtlinge uns bringen, ist wertvoller als Gold“*

Wie wahr, wie wahr...

---



Eugen Prinz  
auf dem Freie  
Medien-  
Kongress in  
Berlin.

*Eugen Prinz kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.*

» *Spende an den Autor*

» *Twitter Account des Autors.*



# Sudanese mordet in Lyon

Von MANFRED ROUHS | Wie erste Medienberichte mitteilen, hat ein 33-jähriger Sudanese in einem kleinen Ort nahe Lyon mit einem Messer um sich gestochen. (Quelle) Die Polizei zählte bislang zwei Tote und vier bis sieben Verletzte – hierzu gehen die Angaben in den Medien auseinander. Der Täter wurde lebend gefasst. Derzeit liegen die Ermittlungen bei der Polizei in Lyon. Eine auf Terrorismus spezialisierte Abteilung der Staatsanwaltschaft in Paris überprüft, ob sie den Fall an sich zieht.

*?? Attaque au #couteau à Romans sur Isère :*

- 2 morts, plusieurs blessés (5 d'après la police dont 3 en urgence absolue)*
- assaillant soudanais de 33 ans, arrêté par la #police*
- la saisie du PNAT est en évaluation*
- attaque vers 11h*

*(AFP, ? @imyurika\_)*

*pic.twitter.com/i70ysGdF0Q*

*– Mediavenir (@Mediavenir) April 4, 2020*

Zum Hintergrund der Tat liegen derzeit noch keine überprüfbaren Informationen vor. Alle bislang veröffentlichten Sachangaben beruhen auf Veröffentlichungen der Lyoner Polizei auf Twitter.

Ein Passant hat kurz nach der Tat am Ort des Verbrechens aus seiner Wohnung heraus die obenstehenden Handy-Aufnahmen gemacht, die er bei Twitter hochlud. Seine Angaben dazu lauten:

*Angriff auf das #Messer bei Romans sur Isère:*

- 2 Tote, mehrere Verletzte (5 nach Angaben der Polizei, davon*

3 in absoluter Notlage)

- 33-jähriger sudanesischer Angreifer, von der #Polizei verhaftet
  - der PNAT-Eintrag wird derzeit ausgewertet
  - Angriff gegen 11:00 Uhr morgens.
- 



PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming.

Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig und vermittelt Firmengründungen in Hong Kong.

---



## Corona-Koller? Mann verwüstet Lidl-Filiale in Bottrop mit Pulverlöscher

Von EUGEN PRINZ | Seitdem uns die Corona-Pandemie in den Klauen hält, sind die Einzelhandelsgeschäfte zu Kriegsgebieten mutiert. Beim Einkauf regieren Hass, Gier und Futterneid. Die Deutschen sind ein Volk von „Preppern“ geworden, die um jede Rolle Klopapier und jede Tüte Nudeln kämpfen.

Die „altgedienten“ Prepper hingegen lehnen sich bequem in ihren Sesseln zurück und genießen das Gefühl, dass jene, von denen sie jahrelang als Deppen belächelt wurden, nun schmerzhaft erfahren, dass sie in Wirklichkeit die Deppen sind.

### **Verkaufspersonal ist nicht zu beneiden**

Natürlich bekommt auch das Personal in den Läden seinen Teil ab. Verkäuferin zu sein, ist in diesen Tagen nicht Vergnügungssteuer pflichtig. Erklären Sie mal einem panisch-aggressiven Kunden, der um die Sauberkeit seiner Analregion fürchtet, dass er nicht mehr als drei Packungen Toilettenpapier kaufen darf, weil die anderen auch noch was wollen.

Und so ist es kein Wunder, wenn eine solche Situation dann eskaliert, insbesondere wenn auch noch Alkohol mit im Spiel ist.

An dieser Stelle des Artikels ist es erforderlich, einen kleinen „technischen Abstecher“ zum Thema „Feuerlöscher“ zu machen. Diese gibt es mit verschiedenen Befüllungen: Wasser, Pulver, Schaum und *CO-Gott-sei-bei-uns-2*.

### **Hüte Dich vor Pulverlöschern!**

Was jeder wissen sollte: Verwende niemals einen Pulverlöscher in einer Wohnung oder anderen Räumlichkeiten. Never ever! Soviel Schaden kann der Brand kaum anrichten, wie das feine, weiße Pulver, das bis in die kleinsten Ritzen des Einsatzgebietes und darüber hinaus verstreut wird und exzellent haftet. Als der Autor für den privaten Gebrauch einen Handfeuerlöscher erwarb, warnte ihn der Verkäufer: Eine Wohnung, in der ein Pulverlöscher ausgelöst wurde, wieder sauber zu bekommen, ist ein Alptraum.

### **Großer Teil des Warenbestandes unbrauchbar gemacht**

Doch zurück zum eigentlichen Thema: Am vergangenen Dienstag, gegen 20.30 Uhr, löste ein angetrunkener 54-Jähriger in der Lidl-Filiale Gladbecker Straße in Bottrop, einen solchen Pulverlöscher aus und besprühte damit die ausgestellten Waren, bis das Gerät leer war. Die genaue Schadenshöhe ist noch nicht bekannt. Der in Deutschland geborene Mann ohne Migrationshintergrund (PI-NEWS hat nachgefragt) wurde von der herbeigerufenen Funkstreife festgenommen und ausgenüchtert. Über das Motiv des Täters konnte die Polizei keine Auskunft geben, jedoch dürfte ein Racheakt an der Lidl-Filiale, beziehungsweise dem dortigen Personal, naheliegend sein. Wie PI-NEWS erfahren hat, übernimmt die Versicherung des Unternehmens den Schaden, allerdings wird der Täter anschließend von ihr in Haftung genommen, falls bei ihm etwas zu holen ist.

Was so ein Pulverlöscher anrichten kann, können Sie im Beitragsvideo besichtigen. Schade um die Waren, besonders um das schöne Obst und Gemüse!

---



Eugen Prinz  
auf dem Freie  
Medien-  
Kongress in  
Berlin.

*Eugen Prinz kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Dem*



*politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.*

» *Spende an den Autor*

» *Twitter Account des Autors.*

---



## **92 Prozent Erfolgschance für extrem dumme Passfälscher**

Von MANFRED ROUHS | Elf von zwölf Berliner Bezirken verfügen nicht über Geräte, mit denen sich ein gefälschter ausländischer Pass von einem echten unterscheiden lässt. Das dürfte der nicht komplett verblödete Teil jener, die in der deutschen Hauptstadt mit gefälschten Papieren zu tun haben, längst in der Zeitung oder im Internet gelesen haben – und Neukölln meiden. Für alle anderen gilt eine etwa 92 prozentige Wahrscheinlichkeit, selbst im Falle einer behördlichen Kontrolle ihrer Dokumente nicht aufzufliegen.

Fallzahlen zur Verwendung gefälschter Pässe gibt es in Berlin nicht. Wer auch immer dazu irgendetwas äußert, verbreitet Fakenews – mangels Datenbasis. Diese erstaunliche Erkenntnis musste Fatina Keilani machen, Journalistin beim „Tagesspiegel“. Sie vereinbarte ein Hintergrundgespräch bei der Berliner Polizei und dachte sich ganz naiv:

„Ich wollte über gefälschte Pässe berichten, denn ich halte

sie für ein Problem. Es gibt Fälle, da melden sich Ausländer hier bei den Behörden mit einem gefälschten Pass an, und wenn es niemand merkt, sind sie drin im System. Ihre gesamte Existenz in diesem Land beruht dann auf einer Straftat. Sie bekommen Sozialleistungen, eröffnen Konten, mieten Wohnungen. Es wurden betrügerische Kontoeröffnungen entdeckt, es flossen Gelder zur Unterstützung des islamistischen Terrorismus. Es sollte in nationalem Interesse sein, das zu verhindern.“

Wie oft werden in Berlin falsche Pässe festgestellt? – Das weiß niemand.

Warum können nach Neukölln nicht auch die elf übrigen Berliner Bezirke Prüfgeräte zur Identifikation gefälschter Pässe anschaffen? – Gute Frage, nächste Frage.



Fatina Keilani.

Ihre Gesprächspartner von der Polizei wussten eigentlich gar nichts. Eine ihrer letzten Fragen lautete: „Warum bin ich denn jetzt hier? Ich bin eine Stunde durch die Stadt gefahren, um zu hören, dass Sie mir nichts sagen können?“ Und dann sagte einer ihrer Gesprächspartner doch noch etwas: „Ich möchte das Gespräch jetzt beenden.“

Das war vielleicht auch besser so. Allzu viele Antworten könnten die Öffentlichkeit verunsichern. Und wer will das schon?

Fatina Keilani (Foto) hat übrigens in Hamburg und Bordeaux

Juristerei studiert, in New York Plattenverträge verhandelt und in Manila deutsche Mörder im Knast besucht. Hätte sie stattdessen ihr ganzes Leben brav in Berlin zugebracht, dann würde sie wahrscheinlich gar nicht auf die Idee kommen, so viele dumme Fragen zu stellen, weil ihr nicht aufgefallen wäre, dass es doch eigentlich ziemlich bescheuert ist, auf die Überprüfung der Echtheit von Ausweispapieren einreisewilliger Menschen zu verzichten ...

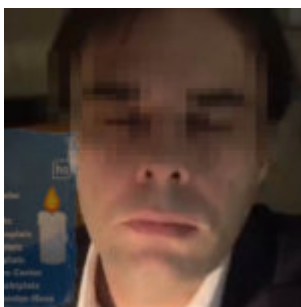
---



*PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming.*

*Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig und vermittelt Firmengründungen in Hong Kong.*

---



## **Wie das Massaker von Hanau unser Land noch weiter spaltet**

Von EUGEN PRINZ | Es besteht kein Zweifel daran, dass das Massaker von Hanau, bei dem zehn unschuldige Menschen und der

offensichtlich geistig gestörte mutmaßliche Täter, Tobias R., ums Leben kamen, das Potential für eine erneute Zäsur in der gesellschaftlichen Entwicklung unseres Landes hat.

Die bedauernswerten Opfer mussten ihr Leben lassen, nur weil sie zur falschen Zeit am falschen Ort waren. Als Außenstehender kann man die Trauer der Angehörigen über den Verlust von Familienmitgliedern, Freunden und guten Bekannten kaum ermessen. Jene, die das Massaker überlebt haben, werden für den Rest ihres Lebens von diesen schrecklichen Minuten gezeichnet sein. Den Überlebenden der Tat und den Angehörigen der Getöteten gilt unsere tief empfundene Anteilnahme.

Doch wenden wir uns dem mutmaßlichen Täter zu. Wer tiefer in dessen von offensichtlichen Wahnvorstellungen dominierten Gedankenwelt eindringen möchte, muss nur sein 24 Seiten langes „Skript mit Bildern“ lesen, das er auf seiner Internetseite veröffentlicht hatte. Diese wurde offensichtlich von den Behörden aus dem Netz genommen, aber wie wir alle wissen, das Internet vergisst nichts – und web.archive.org schon gar nicht, wie dieser Tweet der AfD beweist.

### **Ein völlig kranker Verstand**

In seinem Pamphlet schreibt Tobias R.: *„Es gibt Menschen, die für diesen ‚Geheimdienst‘ arbeiten, welche in der Lage sind, die Gedanken eines anderen Menschen lesen zu können und darüber hinaus fähig sind, sich in diese „einzuklinken“ und bis zu einem gewissen Grad eine Art ‚Fernsteuerung‘ vorzunehmen.*

Auch an seine Zeit als Säugling hat der R. noch Erinnerungen:

*„(...) vernahm ich eine Stimme in meinem Geist, der nun zum ersten Mal einsetzte, die allerdings nicht freundlich war und lautete: ‚Oh, das ist ja blöd, ich bin in die Falle gegangen‘. Ich erwiderte auf diese Frauenstimme unmittelbar mit ‚Nein‘ und schlief kurz darauf wieder ein.“*

In einer Videobotschaft an das amerikanische Volk spricht Tobias R. von „Gedankenkontrolle“ und von Militärbasen tief unter der Erdoberfläche, in denen der Teufel angebetet wird und man kleine Kinder missbraucht, foltert und tötet.

Mit Schreiben vom 6. November 2019 hatte der Tatverdächtige bei Generalbundesanwalt Peter Frank „Strafanzeige gegen eine unbekannt geheimerdienstliche Organisation“ gestellt. Das wäre eine gute Gelegenheit gewesen, zu prüfen, ob man so jemanden als Sportschütze weiterhin eine Schusswaffe anvertrauen kann, denn Strafanzeigen dieser Art deuten meist auf einen Dachschaden hin.

Ein weiterer Beweis für die seelische Störung ist der Suizid des Tatverdächtigen. Ein geistig gesunder Mensch bringt sich nicht um. Deshalb gibt es ja die polizeiliche Zwangseinweisung von Suizidgefährdeten in eine psychiatrische Anstalt.

Ganz ohne Zweifel finden sich im „Manifest“ von Tobias R. auch jede Menge rassistischer Passagen. Doch es stellt sich die Frage, welche Bedeutung diese haben, wenn der Autor offensichtlich nicht zurechnungsfähig ist.

Im deutschen Strafgesetzbuch ist das ganz klar und unmissverständlich geregelt:

### **§20 StGB:**

*Ohne Schuld handelt, wer bei Begehung der Tat wegen einer krankhaften seelischen Störung, wegen einer tiefgreifenden Bewußtseinsstörung oder wegen Schwachsinn oder einer schweren anderen seelischen Abartigkeit unfähig ist, das Unrecht der Tat einzusehen oder nach dieser Einsicht zu handeln.*

So, werte Leser. Jetzt haben Sie die Bestimmung kennen gelernt, die dafür verantwortlich ist, dass Zuwanderer, die Leute vor einfahrende Züge stoßen oder ihre Mitmenschen

erstechen, nicht selten straflos ausgehen. Weil sie eben für das, was sie getan haben, aufgrund einer krankhaften seelischen Störung nicht verantwortlich gemacht werden können.

Das scheint jedoch nicht zu gelten, wenn durch die Tat dem polit-medialen Establishment ein scharfes Schwert in den Schoss fällt, das sie der ebenso verhassten wie als Konkurrenz gefürchteten AfD in den Leib stoßen kann. Da spielt plötzlich die offensichtliche geistige Verwirrung des mutmaßlichen Täters keine Rolle mehr, noch dazu weil aufgrund seines Ablebens kein Anwalt dieser Welt mehr die Chance haben wird, vor Gericht die Unzurechnungsfähigkeit seines Mandanten zu beweisen. Ein Schelm, wer hier ein klammheimliche Freude bei den Regierenden vermutet. Und so fällt die Reaktion der Politik aus, wie erwartet:

### **Die AfD ist schuld**

Die Noch-CDU-Vorsitzende AKK: *„Unabhängig davon, wie man den Täter einschätzt, scheint es so zu sein, dass er rassistische, fremdenfeindliche Motive und damit auch rechtsextreme Motive angeführt hat. Und das bestärkt mich in meiner Haltung, dass es für die CDU immer ganz klar sein muss, im Übrigen nicht nur für die CDU, sondern für alle Parteien in Deutschland, dass es keine Zusammenarbeit mit der Partei geben darf, die zum Teil Rechtsextreme, ja, ich sage auch ganz bewusst Nazis, in ihren eigenen Reihen duldet, und die eine Grundlage legt, auch in der politischen Diskussion, für genau dieses Gedankengut. Wir haben einen ganz harten Beschluss: keine Kooperation, keine Zusammenarbeit in keiner Form mit der AfD. Und wie wichtig es ist, diese Brandmauer zu halten, das sieht man an einem Tag wie Hanau.“*

Der stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende und Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hat die AfD als „geistige Brandstifter“ bezeichnet und fordert: *„Wir müssen mehr Härte gegen Rechts zeigen in Deutschland“*,

Nach den Worten von Bundeskanzlerin Angela Merkel weist nach der Gewalttat von Hanau vieles darauf hin, dass der Täter aus rechtsextremistischen und rassistischen Motiven heraus gehandelt hat. *„Rassismus ist ein Gift, der Hass ist ein Gift“*, sagte Merkel am Donnerstag in Berlin. Dieses Gift sei *„schuld an schon viel zu vielen Verbrechen“*, sagte Merkel und verwies auf die Morde der rechtsextremistischen Terrorzelle NSU, die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke und den antisemitischen Anschlag von Halle.

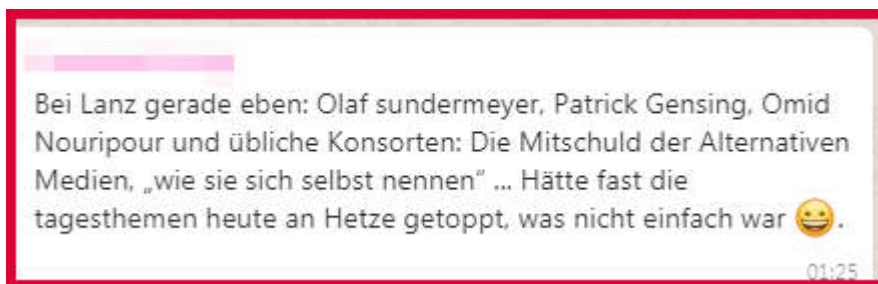
Generalbundesanwalt Dr. Peter Frank geht ebenfalls von einem *„fremdenfeindlichen Motiv“* aus und auch der hessische Innenminister Peter Beuth bestätigte einen mutmaßlichen rechtsextremen Hintergrund der Tat.

Bundesinnenminister Seehofer weiß, *„...dass ein rassistisches Motiv wohl gegeben ist“* und überlegt, *„welche Konsequenzen wir als Politiker, Gesetzgeber und Regierung daraus ziehen müssen.“*

Natürlich gibt auch der Salon-Linke Jakob Augstein, millionenschwerer Miteigentümer des Spiegel-Verlages seinen Senf dazu:



... und auch die öffentlich-rechtlichen Anstalten sind fleißig, wie diese Textnachricht eines befreundeten PI-NEWS Autors beweist:



Kein Zweifel, hätte es sich bei dem Täter um einen radikalen Moslem gehandelt, würden wir nun in den Medien diese Schlagzeile lesen:

*„Ein vermutlich psychisch kranker Mann tötet zehn Menschen“*

**Die Politik sät Hass und vertieft die Spaltung der Gesellschaft**

Selbstverständlich bleiben solche Aussagen nicht ohne Wirkung. Überall im Land schießen Mahnwachen wie Pilze aus dem Boden,



wobei diese Veranstaltungen weniger mit Anteilnahme zu tun haben, als damit, ein „Zeichen gegen Rechts“ zu setzen. „Hass ist ein Gift“, hier hat die Bundeskanzlerin Recht. Und gleichzeitig wird eine gewaltige Publicity-Maschinerie aufgeföhren und gegen die Alternative für Deutschland in Stellung gebracht, deren Zweck es ist, Hass auf diese Partei zu erzeugen. Die Aussagen, die hier getroffen werden, dienen einzig und allein dazu, in den Köpfen der Menschen eine Querverbindung zwischen den Ermordeten von Hanau und der AfD herzustellen. Es braucht keinen Propheten, um vorauszusagen, dass diese Taktik größtenteils aufgehen wird. Und eines bewirkt sie ganz bestimmt: Die Hemmschwelle, mit Gewalt gegen Mitglieder der AfD vorzugehen, sie offen anzugreifen, wird noch einmal deutlich gesenkt.

Aber auch bei jenen, die schon lange die Machenschaften des polit-medialen Establishments durchschauen, wird die ohnmächtige Wut noch größer werden und die Spaltung Deutschlands weiter vertiefen.

### **Auswirkungen auch auf Thüringen?**

Es würde den Autor auch nicht wundern, wenn die Tat von Hanau dazu führen würde, dass die CDU ihre Kooperationsverbot mit der SED begräbt und in Thüringen dabei hilft, Bodo Ramelow wieder auf den Thron zu setzen.

Außerdem ist nun der Boden dafür bereitet, durch weitere gesetzgeberische Maßnahmen den Meinungskorridor auf Münzeinwurf-Größe zu verringern und einen Großangriff auf die Sportschützen zu starten. Alles ist möglich, die Demokratie bröckelt immer weiter.

---



*Eugen Prinz im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin. Er kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.*

*» Twitter Account des Autors.*